ZEITSCHRIFT DER WÄHLERGRUPPE
DIE aNDERE
JANUAR 2015

DIE aNDERE

POTSDAM BEWEGT DEUTSCHLAND, EUROPA UND DIE WELT

THEMEN

WOHNUNGSLOS
STÄDTISCHE TARIFPOLITIK
THEMENJAHR „POTSDAM BEWEGT“
25 JAHRE aNDERE POLITIK
GEDENKKULTUR
SPD-FAMILIENTARIFE

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Dies ist die erste Ausgabe der Zeitschrift *DIE aNDERE* seitens der Wähler*innengruppe. Bisher war die Fraktion in der *Stadtverordnetenversammlung* (SVV) Herausgeber.

Die Kommunalwahl im Mai 2014 war für uns ein großer Erfolg. Wir sind die stärkste Wähler*innengruppe in der Landeshauptstadt und haben 7,7 Prozent der Stimmen und vier Sitze in der SVV erreicht.

Klassische aNDERE-Themen finden sich in diesem Heft: Gedenk-, Wohnungs- und Sozialpolitik. Manches klingt wie die Einleitung zum Heft im Frühjahr 2014: Noch immer kämpft das Personal im Klinikum und den zahlreichen Tochtergesellschaften um ihre Tariflöhne und gegen die Rathauskooperation; Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit sind ebenfalls Dauerthemen: Diesmal erläutert Christian Raschke die Situation von Jugendlichen.

Das Interview zu 25 Jahre einer aNDEREN Politik soll nicht nur Rück-, sondern auch Ausblick sein. Es soll Mut machen zum Einmischen. Das Votum der Bürger*innen und sollte nicht nur gelegentlich eingeholt, sondern auch beachtet werden. Das charakterisiert eine Bürger*innenkommune.

2015 jährt sich das Ende des 2. Weltkrieges zum 70 mal. Diesem Ereignis sollten wir angemessen gedenken. Im Zentrum sollte der 8. Mai und nicht die Nacht 14./15. April stehen. Der Luftangriff auf die Garnisonsstadt Potsdam hatte Ursachen. Diese sollten wir benennen und deren Überwindung gedenken. Wie sollten weder Ursache und Wirkung vermengen, noch Täter und Opfer vermischen. Eine nicht zu akzeptierende Veränderung der Gedenkkultur reflektiert der Beitrag zu Siegfried Wagner.

CARSTEN LINKE
Fraktionsvorsitzender DIE aNDERE

INHALT

THEMEN

POTS.BLITZ / **aNDERES AUS POTSDAM** 04

POTS.BLITZ / **KURZNOTIZEN AUS DEM RATHAUS** 06

INTERVIEW / **ÜBER VERDECKTE WOHNUNGSLOSIGKEIT BEI JUGENDLICHEN** 08

INTERVIEW / **EIN VIERTELJAHRHUNDERT aNDERE POLITIK** 12

aNDERE KOMMUNALWAHL 2014 18

KONZERN STADT / **THEORIE UND PRAXIS IN DER STÄDTISCHEN TARIFPOLITIK** 20

GEDENKKULTUR / **WAS NICHT PASST, WIRD PASSEND GEDACHT** 24

SICHERHEIT / **SPANNENDE PUTE** 28

THEMENJAHR / **UND SIE BEWEGT SICH DOCH NICHT!** 30

KLEINE RECHENECKE / **EIN ROHRKREPIERER AUS DEM HAUSE SPD** 32

IMPRESSUM 35

aNDERES AUS POTSDAM

25 Jahre Deserteursdenkmal in Potsdam

Die Aufstellung des „Denkmals für den unbekannten Deserteur“ jährt sich am 02.09.2015 zum 25. Male. DIE aNDERE möchte dieses Jubiläum natürlich nutzen, um an die Geschichte des Denkmales und die Geschichte der Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure zu erinnern. Wir freuen uns über Fotos, Presseartikel oder Dokumente zum Potsdamer Deserteur.

Auch im Stadthaus bewegt sich einiges. So soll das Denkmal eine zusätzliche Informationstafel und einen neuen Sockel erhalten.

Grünflächen zum Eindöpfnern gesucht

Seit Wochen ist am Pfingstberg eine öffentliche Grünfläche eingezäunt. Die *Schlösserstiftung* sieht plötzlich die Notwendigkeit, 60.000 qm lückenlos abzusperren. Eine Baugenehmigung wurde weder beantragt noch erteilt. Allerdings soll das Gelände 40 Jahre exklusiv durch den Chef des *Springer-Verlages*, **Mathias Döpfner**, genutzt werden dürfen, der im Gegenzug den Park und die Villa Schlieffen sanieren soll. DIE aNDERE ist verwundert, wie geduldig die Stadtverwaltung zusieht, wenn öffentliche Grünanlagen eingezäunt werden. Aber wir möchten uns neuen Trends nicht völlig verschließen. Daher bereiten wir die feierliche Einzäunung eines öffentlichen Bereiches vor. Wir bitten um Vorschläge, welche Grünfläche wir eindöpfnern und welchem Mäzen wir sie zur persönlichen Nutzung übergeben sollen. Die besten Vorschläge werden wir veröffentlichen und zum Festakt persönlich einladen.

Neue *Arbeitsgruppe für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr*

DIE aNDERE hat eine neue *Arbeitsgruppe für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr* gebildet. Ziel ist es, die Arbeit unserer Stadtfraktion inhaltlich zu unterstützen. Außerdem sollen eigene fachliche Gegenpositionen zum Aufbau einer barocken Stadtkulisse entwickelt werden. Ansprechpartner ist **André Tomczak**, der als Sprecher der *Kulturlobby* bekannt ist und uns im *Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr* als sachkundiger Einwohner vertritt. Interessierte sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen.

Max-Dortu-Gedenksteinwerfen

Am 12.11.1848 rissen **Max Dortu** und seine Freunde vom *Politischen Verein* die Eisenbahnschienen zwischen Hauptbahnhof und Nowawes heraus und kappten die Telegraphenverbindung nach Berlin. Damit wollten sie verhindern, dass in Potsdam stationierte Truppen nach Berlin verlegt werden, um dort den Aufstand niederzuschlagen.

Am Abend warf dann eine Menschenmenge mit **Max Dortu** Steine gegen das verhasste Stadtschloss und forderte demokratische Rechte und die Abschaffung der Monarchie.

Um an diese Ereignisse zu erinnern, meldete DIE aNDERE für den 12. November ein symbolisches Gedenksteinewerfen auf das Stadtschloss an. Die Styroporsteine und Wattebäusche waren bereits gebastelt, die Reden geschrieben, Kleider herausgesucht und schwarz-rot-gold geschmückt. Dann untersagte die polizeiliche Versammlungsbehörde uns, auch nur in die Richtung des Stadtschlosses zu werfen. Angeblich ist dies mit der Würde des Hauses unvereinbar. Wir haben uns entschlossen, bis zum 12.11.2015 auf dem Klageweg unser Recht durchzusetzen, Gedenksteine auf das Stadtschloss zu werfen.

KURZNOTIZEN AUS DEM RATHAUS

aNDERE in den Aufsichtsräten

Das gute Wahlergebnis ermöglicht es der Fraktion DIE aNDERE, neue Vertreter*innen in mehrere Aufsichtsräte zu entsenden:

Ute Grimm, *Klinikum „Ernst von Bergmann“*
Sandro Szilleweit, *Luftschiffhafen Potsdam GmbH*
Dr. Nico Bauer, *Entwicklungsträger Potsdam GmbH*
Katja Zschipke, *Energie und Wasser Potsdsam GmbH*
Lutz Boede, *Werksausschuss Kommunaler Immobilienservice*

Erneut im Aufsichtsrat vertritt uns:
Arndt Sändig, *ProPotsdam GmbH*

DIE aNDERE wird sich auch in den Aufsichtsräten für eine neue politische Kultur einsetzen. Wir wollen bestehende Strukturen hinterfragen und vorhandene Spielräume für mehr Transparenz und Offenheit nutzen.

Rätsel um die Gründung der *Garnisonkirchenstiftung*

Der Stadtverordnete **Lutz Boede** nahm Anfang Dezember Einsicht in die Akten zur Gründung der *Garnisonkirchenstiftung*. Dabei erwies sich die Akte als sehr lückenhaft. Nach Aktenlage ist nicht nachvollziehbar, warum der Stiftungszweck und die Grundstücksklausel in der Stiftungssatzung gleich mehrfach geändert wurden. Die Seiten in der Akte sind nicht nummeriert. Schriftwechsel mit der staatlichen Stiftungsbehörde und deren rechtliche Einschätzungen fehlen. Zuständig für die Aktenführung war seinerzeit der Leiter des Oberbürgermeister-Büros, **Wolfgang Hadlich**. Während seiner Amtszeit war er gleichzeitig Mitglied im Vorstand der *Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam* (FWG).

Honorarerhöhung für VHS-Kursleiter*innen

In namentlicher Abstimmung votierte eine knappe 26:25-Mehrheit in der SVV für unseren Antrag, die Honorare für Kursleiter*innen an der *Volkshochschule* (VHS) bis 2017 von 22,50 Euro auf 30 Euro anzuheben. Außerdem soll sich die VHS künftig an den Sozialversicherungskosten beteiligen (Berliner Modell). Die Erhöhung ist dringend erforderlich, weil gute Kursleiter*innen sonst abwandern und weil es inakzeptabel ist, dass viele von ihnen in Potsdam noch mit Sozialleistungen aufstocken müssen. Für unseren Antrag stimmten Linke, aNDERE, Bündnis 90/Grüne geschlossen und vereinzelt Stadtverordnete des Bürgerbündnisses und der SPD. Wer wie abgestimmt hat, ist auf unserer Homepage nachlesbar.

Kein Schutz für ukrainische Deserteure

Mit großer Mehrheit lehnten die Stadtverordneten unseren Antrag ab, dass die Stadt für einige ukrainische Deserteure die Kosten des Aufenthaltes übernehmen soll. Mit Abgabe einer solchen Erklärung könnten sie in den deutschen Botschaften ein Visum für die Einreise in die Bundesrepublik beantragen. Auch unsere Zusicherung, die Kosten durch eine Spendenkampagne einzuwerben, änderte nichts an der Ablehnung. Die Potsdamer Stadtverordneten fühlen sich trotz Toleranzedikt nicht zuständig.

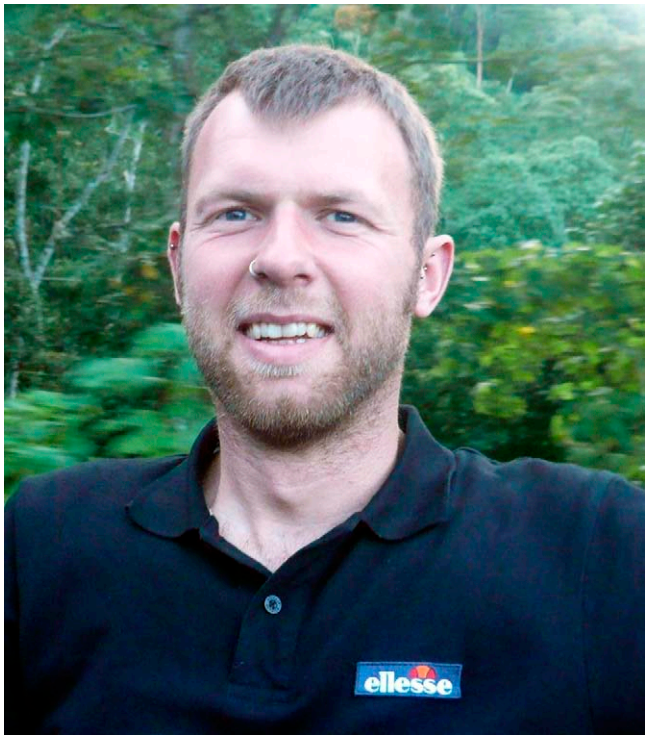
Eine andere Kultur des Friedens: Das *Denkmal des unbekannten Deserteurs*
Seine Aufstellung in Potsdam jährt sich 2015 zum 25. Mal

INTERVIEW

ÜBER VERDECKTE WOHNUNGSLOSIGKEIT BEI JUGENDLICHEN

VON VERA DOST

Interview mit Christian Raschke, Sozialarbeiter



VERA DOST

Was genau sind die Aufgaben Deiner Arbeit?

CHRISTIAN RASCHKE

Grundlage ist das Ordnungsbehördengesetz. Das schreibt vor, dass jede Kommune verpflichtet ist, sich um wohnungslose Bürger*innen zu kümmern. Es gibt auch andere Gesetze, z. B. das SGB XII welches bestimmt, sich um Menschen in „besonderen sozialen Schwierigkeiten“ zu kümmern. Also etwa bei Krankheit oder Verschuldung, Situationen, die zu Wohnungslosigkeit führen können. Diese Aufgaben werden auf unterschiedliche Träger verteilt. In Potsdam kümmert sich die *Arbeiterwohlfahrt* um die Versorgung von Wohnungslosen aufgrund des Ordnungsbehördengesetzes. Bei SGB XII kümmern sich auch andere.

Wer gilt als wohnungslos?

Laut Definition gilt als wohnungslos, wer „über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt“.

Diese Definition trifft bestimmt besonders auf Jugendliche zu.

Jein. Jugendliche, die bei ihren Eltern wohnen, obwohl sie nach dem Gesetz bereits erwachsen, also älter als 18 Jahre alt sind, haben meistens keine mietvertraglichen Vereinbarungen mit ihren Eltern, gelten aber deshalb nicht als wohnungslos. Denn die Eltern haben eine Fürsorgepflicht. Allerdings kommen in diesem Alter Abnabelungswünsche auf, die umzusetzen nicht so einfach ist.

Bitte beschreib das etwas genauer.

Es ist ja ganz normal, dass Jugendliche irgendwann ihre eigenen Wege weg von den Eltern gehen wollen. Und die Pubertät oder das frühe Erwachsenenalter sind auch Zeiten, in denen es zwischen Eltern und Kindern häufig zu Konflikten kommt. An sich ist das alles nicht tragisch. Wenn man nun aber Stress zuhause hat, ziehen die Kinder mitunter auch spontan aus. Klar, um den Stress zu reduzieren. In Potsdam können sie nun aber oftmals keine eigene Wohnung finden, selbst WG-Zimmer sind knapp. Die Kinder, oder Jugendlichen, deren Eltern zum Beispiel im Leistungsbezug des *Jobcenters* sind oder die über kein Einkommen verfügen, müssten nun eigentlich zum *Jobcenter* gehen, um die Zustimmung zum Wohnungswechsel zu beantragen. Damit die Mietkosten übernommen werden. Das Amt prüft dann erst den Antrag. Und das dauert. Das ist natürlich kein Angebot in einer akuten Stresssituation. Das führt zum Sofa-Hopping. Also das Übernachten bei Bekannten oder Freund*innen auf den Sofas. Über einen längeren Zeitraum. Dabei kann man hier dem *Jobcenter* noch nicht einmal die Alleinschuld geben. Denn es ist in Potsdam einfach schwierig, eine Wohnung oder ein Zimmer zu finden, selbst, wenn man gut verdient. Das ist in Schwedt sicher einfacher.

Wer ist von Sofa-Hopping in erster Linie betroffen?

Über Sofa-Hopping gibt es keine Erhebungen. Menschen aus sozial schwachen Gruppen, also Kinder von Eltern, die selber beim *Jobcenter* angedockt sind, sind eher aus gutsituierten Familien von Wohnungslosigkeit bedroht.

Setzen sich die Probleme der Eltern bei den Kindern fort?

Würde ich schon so sehen. Das ist allerdings meine persönliche Ansicht, ich kenne keine Studien darüber. Es wird ja nicht immer erfasst, woher die Menschen kommen, die wohnungslos sind. Das ist wie eine graue Wolke. Es ist ja auch keine genaue Zahl bekannt, wie viele Leute in der Stadt Potsdam verdeckt wohnungslos sind. Es gibt natürlich Zahlen von Wohnungslosen; man kennt die Zahl von Menschen, die auf der Straße leben und in keiner Einrichtung sind nur schätzweise. Da weiß man in etwa, wie viele das sind, weil man Leute auf der Straße besser zählen kann, als Leute, die verdeckt irgendwo mitwohnen. Aber die Zahl derer, die Sofa-Hopping betreiben, kann man schlecht erfassen.

Wo siehst Du die größte systematische Hürde für den Umgang mit der verdeckten Wohnungslosigkeit und auch für die Selbsthilfe der Betroffenen?

Die klassische Hürde für Potsdam ist wirklich die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt. Das ist tatsächlich das große Problem. Denn dass es Krisen zwischen Eltern und Kindern gibt, ist irgendwie normal. An das Wohnungsmarktproblem schließt sich ein anderes Problem an: dass ein Großteil des Einkommens – und das meint Bezüge vom *Jobcenter* oder Bafög oder wirklich selbst verdientes eigenes Geld – für die Miete verwendet wird. Alle Leute, die mehr als die Hälfte ihres Geldes für die Miete aufbringen müssen, nehmen eine hohe finanzielle Belastung auf sich, die im schlimmsten Fall zu einer Verschuldung führen kann. Also einmal die Schwierigkeit, eine Wohnung zu finden, und dann auch noch die Schwierigkeit, eine Arbeit, einen Job zu finden, mit dem ich diese Wohnung bezahlen kann.

Welche Rolle spielt die Situation der Eltern?

Kinder aus sozial schwachen Familien, wo die Eltern schon Schwierigkeiten haben, Arbeit zu finden, die würdevoll bezahlt wird, sind eher von Wohnungslosigkeit bedroht. Da fehlt es mitunter einfach an Kraft, aus dem vorgeprägten Umfeld auszubrechen durch gute Schulbildung und so.

Was wäre aus Deiner Sicht – innerhalb des bestehenden Systems – hilfreich, um mit dieser verdeckten Obdachlosigkeit bei jungen Leuten besser umgehen zu können?

Mehr Gewährleistungswohnungen von der Stadt, mehr Möglichkeiten betreuter Wohnformen, die entweder an einer Institution angedockt sind oder von Sozialarbeiter*innen betreut werden. Um zu verhindern, dass Jugendlichen die Wohnung geräumt wird, weil sie einfach noch nicht selbständig genug sind, denen einfach Ansprechpartner*innen fehlen. Manche haben einfach auch noch nicht gelernt, mit Geld umzugehen und die Miete regelmäßig zu überweisen. Auch die Antragsstellung und Weiterbewilligung von Leistungen kann junge Menschen überfordern. Solche Wohnformen gibt es ja schon in Potsdam, aber davon könnte es natürlich mehr geben. Das brauchen natürlich nicht alle, die keine Wohnung finden oder Probleme im Wohnkontext haben. Nur wird es für Jugendliche aus finanzschwachen Familien immer schwieriger, eigenen Wohnraum zu finden, da deren Eltern sie finanziell nicht unterstützen können. Die müssen meistens selber den Weg zum Amt antreten, und dann können sie nicht unbedingt ausziehen, weil das Jobcenter die Kosten für eigenen Wohnraum nicht so gern übernehmen möchte.

Das sind natürlich andere Probleme als die, die junge Menschen haben, denen der Verlust ihrer schon gefundenen Wohnung droht. Da gibt es in Potsdam aber gute Alarmsysteme. So haben einige Wohnungsbaugenossenschaften wie die *Karl Marx* oder die *ProPotsdam* Sozialarbeiter, die reagieren und Kontakt zu den Menschen aufnehmen, wenn sie ihre Miete zweimal nicht bezahlt haben, was ein Kündigungsgrund ist. Da wird dann nicht gleich gekündigt, sondern erst einmal versucht, herauszufinden, woran das liegt und was dagegen getan werden kann. Da arbeiten die Wohnungslosenhilfe, Vermieter*innen und Sozialarbeiter*innen gut zusammen. Das betrifft aber nur jene, die schon Wohnraum haben. Die Arbeit mit verdeckt Wohnungslosen ist natürlich schwieriger.

Dass der Potsdamer Wohnungsmarkt „jungem Wohnen“ – sei es in Hausprojekten, WGs oder übergangsweise für die Zeit des Studium oder der Ausbildung – abhold ist, ist ja nicht neu.

Eben. Wir haben hier etwa dreißigtausend Studierende in der Stadt. Viele finden hier keine Bleibe und machen Sofa-Hopping. Das *Studentenwerk* kann längst nicht mehr alle Fälle bedienen, von denen, die einen Wohnheimplatz beantragen. Da wird dann sogar noch ein Wohnheim geschliffen, obwohl der Bedarf nach mehr Platz da ist. Das ist natürlich ziemlich absurd. Da können aber die Wohnungslosenhilfe der Stadt Potsdam und die Sozialarbeiter*innen nicht viel tun. Dieses Problem liegt auf der oberen Stadtebene, die dafür sorgen müsste, preiswerten Wohnraum zu erhalten und neu zu schaffen. Und wenn das nicht geht, dann wäre es sinnvoll, wenigstens den Bestand an Wohnungen, die der Stadt gehören, nicht zu verringern.

Vielen Dank für das Gespräch.

VD

INTERVIEW

EIN VIERTELJAHRHUNDERT aNDERE POLITIK

VON VERA DOST

Interview mit Carsten Linke, Fraktionsvorsitzender DIE aNDERE

8.Oktober 1989: *ARGUS* trifft sich mit anderen Stadtökologiegruppen der DDR im Kulturbundhaus (Foto: Carsten Linke)

VERA DOST

In den letzten Monaten wurde zahlreich und vielerorts der Geschehnisse im Herbst 1989 gedacht. Carsten, Du warst damals aktiv dabei. Was sind für Dich die wichtigsten Termine dieses Herbstes?

CARSTEN LINKE ►

Die Demonstrationen am 7. und am 9. Oktober in Potsdam und Leipzig, die Demo am 4. November in Potsdam; dann natürlich der 9. und 10.11. sowie die letzten Tage des Novembers.

Der Reihe nach, warum diese Termine?

Der 7. Oktober war der 40. Jahrestag der DDR. Wir hatten seitens *ARGUS* für das Wochenende 7./8. Oktober ein zweites DDR-weites Treffen der Stadtökologiegruppen des *Kulturbundes* geplant. Gleichzeitig hatten sich Oppositionelle aus diversen Gruppen im Vorfeld des Jahrestages zusammengefunden, um eine stille illegale Gegendemonstration auf der Klement-Gottwald-, heute Brandenburger Straße am Vormittag des 7. Oktobers durchzuführen. Das war sehr riskant, aber notwendig. Für einige von uns war es die logische Konsequenz aus der politischen Arbeit der anderthalb Jahre zuvor.

Was war *ARGUS*?

ARGUS wurde im April 1988 gegründet. *ARGUS* bedeutet *Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung*. Sie gehörte zur *Gesellschaft für Natur und Umwelt* im *Kulturbund der DDR*. Im ersten Jahr lag unser Schwerpunkt auf Umweltfragen, wie z.B. Abfall und Wasser. Auch der Verfall und Abriss der historischen Innenstadt war ein großes Thema. Wir organisierten ein DDR-weites Treffen aller Stadtökologiegruppen im Frühjahr. Ein strukturiertes Netzwerk entstand. Doch spätestens mit der Aufklärung des Kommunalwahlbetrugs im Mai 1989 wurden wir eine politische Organisation. *ARGUS* ging in die Öffentlichkeit mit Infoblättern und Veranstaltungen; wir organisierten das Pfingstbergfest mit. Die Grenzen zwischen einzelnen Gruppen, die es damals in Potsdam gab – wie *Arche* oder *Kontakte* – verwischten zunehmend.

Dann, am 7./8. Oktober führten wir die besagte Demonstration und das landesweite Gruppentreffen durch, auf dem natürlich eine entsprechende Resolution verabschiedet wurde. Beides fand schon in politisch aufgeheizter Stimmung statt. Bereits am Montag dem 9. Oktober bekamen wir die Quittungen dafür: **Carola Stabe**, die ich kurz vor der *ARGUS*-Gründung kennengelernt hatte, und ich mussten zur *SED-Bezirksleitung*. Genosse **Vietze** machte uns klar, dass diese staatsfeindlichen Aktivitäten nicht geduldet werden können. **Carola** durfte zu dieser Zeit schon längst nicht mehr als Lehrerin arbeiten. Ich bekam mein Arbeitsverbot an diesem historischen Montag. Mit der unverhofft erlangten Freizeit setzte ich mich in den Zug nach Leipzig um mit weiteren 70.000 Menschen den Ring – unsere Bastille – zu stürmen. Dieser 9. Oktober ist meines Erachtens der wichtigste Tag in

der sogenannten Wendegeschichte. Ab da war klar, dass wir eine Gestaltungsmöglichkeit haben, wenn wir entschlossen handeln.

Was zu gestalten warst Du bestrebt? Du sagtest vorhin, Umweltfragen und der Abriss der historischen Innenstadt waren Themen, die Euch bewegten. Hingen sie zusammen oder habt Ihr sie zwar beide wichtig gefunden, aber isoliert betrachtet? Wie saht Ihr damals die gesellschaftlichen, bzw. politischen Beteiligungsmöglichkeiten der DDR? Wie reagierte z. B. die *SED-Bezirksleitung* auf das Bestreben von jungen Menschen, die Lebenswirklichkeit auf bestimmten Ebenen zu beeinflussen?

Damals waren uns Umweltfragen ebenso wichtig, wie den Zerfall bzw. die Zerstörung der Stadt zu stoppen. In Umweltfragen waren wir uns oft sogar einig mit den entsprechend Zuständigen der Stadt. Die waren manchmal dankbar für die Anregungen und oft heil froh, dass sich Leute um ihre Heimat kümmerten. Politisch hingegen war das viel differenzierter. Jede Gruppenbildung konnte ein Hort staatsfeindlicher Umtriebe sein – und war das vielleicht auch. Die fachlichen und politischen Reaktionen waren sehr unterschiedlich. Politische Beteiligungsmöglichkeiten gab es keine. Aber gute Sachargumente hatten damals noch ihre Wirkung. Große oder offene Diskussionen sollten jedoch unter allen Umständen vermieden werden. Deshalb war die Öffentlichkeitsarbeit die schwerste Gratwanderung für uns.

Was geschah nach dem 07. und 09. Oktober? Staatsfeindliche Aktivitäten blieben doch sicherlich nicht folgenlos?

Natürlich nicht. In den folgenden Tagen erging an mich ein Einberufungsbefehl, dem ich nicht folgte. Laut Stasi-Akten wurde meine Wohnung mehrmals durchsucht, um mir Diebstahl sozialistischen Eigentums nachzuweisen. Neben der Kriminalisierung kam nun der verdeckte Versuch der Internierung hinzu. Für mich folgten Wochen des „Versteckspielens“, die wirklich kein Spaß waren. **Schabowski** löste das Problem am 9. November 1989 in der spektakulären Pressekonferenz auf bekannte Weise. Gleich am 10. November fuhr ich mit dem Fahrrad über die Glienicker Brücke nach Westberlin, besuchte dort Freunde. Es spielten sich dieser Tage schon sehr skurrile Szenen ab.

Aus heutiger Sicht und auch in den Medien scheinen all die Ereignisse folgerichtig in der deutschen Einheit zu münden. Es sieht mitunter so aus, als wäre das von Anfang an das erklärte Ziel der Oppositionellen, Umweltaktivist*innen und Bürgerrechtler*innen gewesen…

…das stimmt so nicht! Es gibt kein einziges Papier von Oppositionsgruppen, das die deutsche Einheit thematisierte. Es ging um eine Änderung der Zustände in der DDR. Die zentrale Losung hieß „Wir bleiben hier – verändern wollen wir!“. Auf der Demo am 4. November in Potsdam – die von verschiedenen Gruppen, dem *Neuen Forum*, *ARGUS* und anderen

gemeinsam initiiert worden war – filmte ich, genau wie auf der Demo am 7. Oktober. Es ist spannend, sich die Plakate von damals anzusehen: Es ging um Grundrechte, um die Stasi, aber nie um eine deutsch-deutsche Vereinigung. Auch nach dem Mauerfall war das noch lange kein Thema. Im Januar 1990 änderte sich durch die Propaganda der West-CDU der Spruch „Wir sind das Volk“ in „Wir sind ein Volk“. Ich glaube **Volker Rühe**, der damalige Generalsekretär, war der erste, der die Losung verwendete.

Die „letzten Tage im November“ erwähntest Du eingangs als wichtige Zeitpunkte. Warum? Was geschah damals?

Für den 16. November organisierten wir die erste Babelsberger Umweltnacht. Vom 24. bis zum 26.11. war ich auf dem 6. Berliner Ökologieseminar in Berlin, dem Gründungswochenende der *Grünen Liga* und der *Grünen Partei in der DDR*. **Carola Stabe** und **Matthias Platzeck** agitierten gegen die Gründung der Partei. Mir war beides wichtig: ein starkes grünes Netzwerk und die Partei. Die Partei als parlamentarischer Arm einer grünen Bewegung. Ende November warben dann die taufrische *Grüne Partei in der DDR* und die *Grüne Liga* um Mitstreiter*innen in Potsdam. Eine Veranstaltung fand im Bürgertreff am Schlaatz statt. Viele Menschen waren nicht gekommen. Aber gelohnt hat sich dieser Abend trotzdem, denn Die *Grüne Partei* im Bezirk Potsdam bekam ein neues Mitglied, nämlich **Lutz Boede**. Nun waren wir also schon zwei: **Lutz** und ich.

Kannst Du Dich erinnern, welche Gründe von Stabe und Platzeck gegen die Gründung einer Grünen Partei in der DDR angeführt wurden?

Alleine der Begriff Partei war damals schon ein Problem. Die Menschen hatten zur Genüge „die Partei hat immer recht“ gehört. Bis dato hatte sich auch nur eine Oppositionsgruppe als Partei formiert – die SDP, die sozialdemokratische Partei. Alle anderen Gruppen hatten Themennamen wie *Demokratie Jetzt*, *Demokratischer Aufbruch* etc. Es wurde auch die Gefahr gesehen, dass sich die Bewegung aufsplittert.

Platzeck hingegen sah sein Machtgefüge gefährdet. Er war der Guru für die *Grüne Liga*, für die er auch nach seinem Austritt aus der LDPD am Runden Tisch in Berlin sitzen durfte. Auf die Berliner Initiative zur Gründung der *Grünen Partei* rund um **Carlo Jordan** und **Vollrad Kuhn** hatte er keinen Einfluss. **Platzeck** hat die Partei später nur als Sprungbrett für sich selbst benutzt. Leider haben wir das zugelassen, indem ich meine Kandidatur für die Volkskammerwahl 1990 zu seinen Gunsten zurückzog. Das war ein Fehler. Aber das ist eine ganz andere Geschichte.

Nach der Gründung ward Ihr also zu zweit. Wie ging es voran mit der politischen Arbeit vor fünfundzwanzig Jahren?

Im Dezember 1989 nahmen wir unsere Geschäftsstelle in Beschlag – den Stasiknast in der Lindenstraße. **Rainer Speer** und ich hatten uns für dieses Objekt entschieden. Die SDP und das *Neue Forum* zogen in die 54, wir – die *Grüne Partei* – machten uns mit der

Vereinigten Linken und dem *Unabhängigen Frauenverband* im Verwaltungsgebäude, der 53, breit. **Lutz** wurde der erste Geschäftsführer und ich war der kommissarische Vorsitzende der Parteigruppe im Bezirk Potsdam. Es folgten aufregende Zeiten: Arbeit über Arbeit und immer viel Spaß dabei! Endlich gestalten.

Nun seid ihr mittlerweile beide keine Grünen-Mitglieder mehr. Wieso?

Im Oktober 1990 wurden wir an ein Land angeschlossen, welches wir nie wollten. Auch war es eher eine Kapitulation junger demokratischer Kräfte gegenüber dem Kapital, als eine wirkliche Vereinigung. Ich wollte keinen Staat, der die Ausbeutung des Menschen und der Natur durch den Menschen als Grundprinzip hat. Ich wollte kein System, das nicht die Frage nach dem „ob", sondern nur nach dem „wie" stellt. Alle Chancen auf eine neue deutsche Republik mit neuer Verfassung, anderen Werten und einer neuen Hymne waren vertan.

Für uns politisch Aktive galt es nun, sich mit der verstaubten alten BRD auseinanderzusetzen. Auch die diversen Organisationen der Bürgerbewegung mussten sich neu orientieren. Die zahlreichen Fusionen und Kooperationen waren alles andere als problemfrei. Konservative Einflüsse machten sich breit. Speziell in Potsdam polarisierten sich in den Grünen die alternativen und bürgerlichen Lager. Dies wurde beispielsweise deutlich in den Positionen, die **Konrad Weiß** vertrat, der hier sein MdB-Abgeordnetenbüro hatte oder in den zwiespältigen Beschlüssen der Grünen zu besetzten Häusern. Die Schmerzgrenze war bald erreicht. Viele spätere „aNDERE", wie **Kai Grünberg** oder **Anke Lehmann**, verließen die Partei. **Lutz** trat 1993 auch aus. Ich erst viel später, da ich auf Bundesebene noch energiepolitisch aktiv war und die parlamentarische Arbeit der Länder koordinierte.

Mit Lutz und Dir fingen die Grünen in Potsdam an, dann hat jeder von Euch die Partei verlassen. Habt Ihr Euch dann aus den Augen verloren?

Nein, nie wirklich. Wir setzten nur unterschiedliche Schwerpunkte und gründeten – mal gemeinsam, mal mit anderen Freund*innen – verschiedene Gruppen und Vereine, wie den Dritte-Welt-Laden *Madia*, die *Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär*, den Fußballverein *Grün-Weiß-Kleinmachnow*, das *Freie Radio*, das Internetcafé im Staudenhof oder den *Förderverein für instabile Medien*. Wir gingen zeitweise auch unterschiedliche Wege: **Lutz** trieb seine Projekte stringent voran, ich strikte an einem Rundfunkgesetz und wurde Radiopirat. Gemeinsam waren wir die Spaßguerilla. Und das Zentrum dessen waren die Menschen, die in den besetzten Häusern Potsdams lebten. Und aus meiner Sicht war eines der Zentren eben auch **Lutz**.

Gab es Höhepunkte dieser Politikform, die Du als Spaßguerilla bezeichnest?

Na klar: Unvergesslich für mich ist das Defilee mit einem Sarg bei der Beisetzungsfeier für den **Alten Fritzen** im Beisein von Bundeskanzler **Kohl** 1991. Das war schon großes Kino!

Heute, 25 Jahre später, sitzt Ihr zusammen in der Fraktion DIE aNDERE. Ist das aus Deiner Sicht folgerichtig oder ein Zufall?

Aus heutiger Sicht stellt es sich mir als Folgerichtigkeit dar. In der Zwischenzeit, die sich unsere Wege weniger berührten, zogen wir jeder verschiedene „Kinder" groß: ich meine wirklichen und **Lutz** die Wähler*innengruppe. Ich verließ die Grünen 1999 wegen deren Kriegspolitik im ehemaligen Jugoslawien und wandte mich ab da nur noch einzelnen Projekten zu; dem *Landeselternbeirat für Kindertagesstätten* oder der *Bürgerinitiative Wir bleiben Eisenhart* beispielsweise. Doch wenn es darauf ankam, fanden **Lutz** und ich schnell den Kontakt zueinander und waren gemeinsam unterwegs. Wir verhinderten die Einhausung des Deserteurdenkmals oder trafen uns, um vergessener Potsdamer Persönlichkeiten wie der Potsdamer Spanienkämpfer oder **Hans Ottos** zu gedenken.

Hast Du die Politik der aNDEREN über die Jahre beobachtet? Wie hast Du sie gesehen?

Klar habe ich das beobachtet, von Anfang an. 1995 entstand die Fraktion durch den Zusammenschluss des Stadtverordneten **Christian Deichstetter**, der aus der SPD-Fraktion austrat und sich mit **Jan Wendt**, der für die *Kampagne gegen Wehrpflicht* in die SVV eingezogen war, zur Fraktion zusammenschloss. Während es bei der Kommunalwahl 1993 nur für ein Mandat gereicht hatte, bildete sich 1999 durch den Austritt von **Axel Kruschat** aus den Grünen, wieder eine Fraktion *Die Andere*. Sie bestand erst aus zwei und später dann aus drei Personen. 2003 trat die Wählerinnen*gruppe erstmals als DIE aNDERE an. Seitdem sitzt DIE aNDERE in Fraktionsstärke in der SVV. Jetzt sind wir mittlerweile schon vier Stadtverordnete.

Der Erfolg speist sich daraus, denke ich, dass Leute die für die Wählerinnen*gruppe oder die Fraktion aktiv sind, sehr authentisch sind und sich als parlamentarischer Arm der Bürger*innen verstehen. DIE aNDERE ist auch eine solide Ansprechpartnerin für zahlreiche Themen (z.B. Flüchtlinge, Ökologie, Wohnen, Soziales) geworden; nur eben mit einer aNDEREN Sicht als die Parteien.

Heute wie damals verlangen die Menschen nach mehr Partizipation und Mitbestimmung. Sicherlich haben sich in den 25 Jahren die Umstände geändert, aber nicht der Wunsch nach mehr direkter Demokratie. Die Menschen sind nicht politikverdrossen. Die klassischen Parteien, die zunehmend an Glaubwürdigkeit verlieren, sind das Problem. Der Umgang mit dem Bürgerentscheid zur Garnisonkirche ist da nur ein kleines Beispiel. Die Bürger*innen haben es satt, dass in Hinterzimmern geklüngelt und um Posten geschachert wird. Mehrheiten sollten sich von Sachargumenten ableiten und nicht von Parteibüchern. Wir brauchen neue Formen der Teilhabe für alle. Wir brauchen auch heute wieder eine andere Form der Politik!

Vielen Dank für das Gespräch.

VD

aNDERE Kommunalwahl 2014 in Potsdam

KONZERN STADT

THEORIE UND PRAXIS IN DER STÄDTISCHEN TARIFPOLITIK

VON LUTZ BOEDE

Als hätte es die Transparenzkommission nie gegeben, hat die Rathauskooperation in den letzten Jahren fleißig weiter daran gearbeitet, das kommunale Firmenkonstrukt auszubauen. Immer unüberschaubarer wird die Organisation der städtischen Daseinsvorsorge in Gesellschaften mit beschränkter Haftung und in deren Tochter- und Enkelgesellschaften. Besonders emsig bei der Ausgründung und Neugründung von Tochtergesellschaften zeigte sich in den letzten Jahren das städtische *Klinikum Ernst von Bergmann*. Dabei geht es immer in erster Linie um Profitmaximierung und immer wird diese in erster Linie auf Kosten der Beschäftigten erreicht. Dies zeigt sich beispielhaft an der Geschichte der *Diagnostik GmbH*.

Seit Jahren setzt sich DIE aNDERE dafür ein, dass alle Beschäftigten der städtischen Betriebe nach öffentlichem Tarif bezahlt werden. Nachdem das Anliegen mehrfach in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt wurde, konfrontierten wir SPD und Linkspartei am 1. Mai 2011 an ihren Infoständen auf dem Luisenplatz mit dem Widerspruch von Theorie und Praxis ihrer politischen Arbeit. Das führte zwar leider auch nicht dazu, dass in den städtischen Betrieben endlich nach öffentlichem Tarif bezahlt wird. Aber immerhin lehnten die 1.-Mai-Fraktionen den nächsten Antrag nicht mehr einfach ab, sondern entschärften und verwässerten ihn nur. Am 02.11.2011 beschloss die *Stadtverordnetenversammlung* letztlich folgendes:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit den Tarifvertragsparteien des *Klinikums Ernst von Bergmann* einschließlich der Tochtergesellschaften mit dem Ziel zu führen, in einem ersten Schritt den Abschluss eines Tarifvertrages für den „Gesamtkonzern" zu befördern. Darüber hinaus soll das Tarifniveau schrittweise an das Tarifniveau des VKA herangeführt werden. […] (Ds 10/SVV/1079).

2013 gründete das städtische Klinikum eine Tochtergesellschaft *Diagnostik GmbH* und machte den FDP-Stadtverordneten **Björn Teuteberg** zum Geschäftsführer.

In die *Diagnostik GmbH* wurden vor allem Beschäftigte übernommen, die bislang in der Pathologie und im Zentrallabor des Klinikums gearbeitet hatten. Dazu kamen aber auch Mitarbeiter*innen der Konzerntochter *Poliklinik Ernst von Bergmann GmbH*.

Das wesentliche Einsparpotential, das Klinikums-Geschäftsführer **Grebner** den Stadtverordneten versprach, liegt einmal mehr in der Senkung der Gehälter und der Absenkung sozialer Standards für die Beschäftigten.

Die vom städtischen Klinikum übernommenen 61 Beschäftigten sind noch an den Haustarif des Klinikums gekoppelt. Allerdings liegt dieser Haustarif schon deutlich unter dem öffentlichen Tarif, den unser Oberbürgermeister **Jann Jakobs** seit Jahren im Auftrag der *Kommunalen Arbeitgeberverbände* am Verhandlungstisch mit aushandelt und den er seit ebenso vielen Jahren in Potsdam den Beschäftigten der städtischen Betriebe verweigert. Noch wesentlich schlechter gestellt sind bereits jetzt die 30 ehemaligen Mitarbeiter*innen aus der Poliklinik. Sie werden deutlich geringer bezahlt. Ihre Verträge sind individuell abgeschlossen und orientieren sich nicht einmal am Haustarif des Klinikums. Neueinstellungen wurden in den letzten Jahren bevorzugt über die Poliklinik vorgenommen. Die neuen Mitarbeiter*innen konnten so unterhalb des Haustarifes beschäftigt werden.

In den laufenden Tarifverhandlungen sperrt sich die Geschäftsführung der *Diagnostik GmbH* dagegen, den Haustarifvertrag des Klinikums für alle Beschäftigten der Tochtergesellschaft zu übernehmen.

Durch eine Abkoppelung der Diagnostik vom Haustarif des Klinikums soll in mehrerlei Hinsicht gespart werden: 1.) Die bisherigen Beschäftigten des Klinikums werden von künftigen Lohnerhöhungen in der Konzern-Mutter abgekoppelt. 2.) Die bisherigen Beschäftigten

der Poliklinik werden gar nicht erst an den Haustarif des Klinikums angekoppelt. 3.) Neue Mitarbeiter*innen sollen zu noch schlechteren Konditionen eingestellt werden.

Das steht im krassen Widerspruch zu den vorgegebenen Zielen, einen einheitlichen Tarifvertrag für das Klinikum und alle Tochtergesellschaften zu befördern und das Tarifniveau schrittweise an das Tarifniveau des *Verbandes Kommunaler Arbeitgeber* (VKA) heranzuführen.

Daher stellte DIE aNDERE einen Antrag in der *Stadtverordnetenversammlung*:
„Die Stadtverordneten sollen den Oberbürgermeister anweisen, dafür zu sorgen, dass die Geschäftsführung der *Diagnostik GmbH* einem Tarifvertrag zustimmt, der für alle Beschäftigten eine Koppelung an den Haustarifvertrag des Klinikums sicherstellt und diese Koppelung auch bei Neueinstellungen garantiert."

Im Hauptausschuss am 15.10.2014 erhielten mehrere Beschäftigte der *Diagnostik* Rederecht und schilderten die Situation in diesem städtischen Betrieb. Dort arbeiten Frauen mehr als 30 Stunden wöchentlich und sind dennoch darauf angewiesen, für sich und ihre Kinder noch Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Andere fürchten eine Versetzung in die Konzern-Filiale nach Forst. Unsere Fraktionsvorsitzende **Jenny Pöller** erinnerte SPD, Linkspartei und Grüne an ihre Wahlversprechen. Kopien von SPD-Wahlplakaten „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!" und „Ein Lohn muss zum Leben reichen" wurden herumgereicht. Die Linkspartei wurde mit ihrem Plakat „Von Arbeit muss man leben können." bedacht. Zwar zeigten sich die Stadtverordneten fast aller Fraktionen betroffen und nachdenklich. Letztlich drückten sie sich aber um eine Annahme unseres Antrages. Da sie ihn aber auch nicht ablehnen wollten, überwiesen sie ihn unter Verweis auf die laufenden Tarifverhandlungen in die *Stadtverordnetenversammlung*. Dort wurde der Antrag am 12.11. aber gar nicht inhaltlich diskutiert. Stattdessen wurde er in den Hauptausschuss zurücküberwiesen. Auch dort wurde er am 26.11. nicht behandelt, sondern mit Verweis auf die laufenden Tarifverhandlungen zurückgestellt.

DIE aNDERE wird dieses Spiel nun nicht länger mitmachen. Mit unserem Antrag möchten wir den städtischen Vertretern in einem kommunalen Unternehmen klare Mindestvorgaben für die Tarifverhandlungen mit auf den Weg geben. Es ist offensichtlich, dass dieser Antrag nicht erst nach Abschluss eines Tarifvertrages abgestimmt werden kann. Wir werden gegen die ständigen Vertagungen und Verschiebungen der Entscheidung Beschwerde bei der Kommunalaufsicht einlegen. Und wir werden die 1.-Mai-Parteien am 1. Mai wohl direkt und persönlich auf Widersprüche zwischen Theorie und Praxis ihrer Tarifpolitik hinweisen müssen.

LB

Ausblick als Alibi: 1-Mai-Parteien kurz vor dem Paradies auf Erden
Wahlplakate DIE LINKE, SPD

GEDENKKULTUR

WAS NICHT PASST, WIRD PASSEND GEDACHT

VON VERA DOST & CARSTEN LINKE

Am Ärztehaus in der Kurfürstenstraße hängt seit August dieses Jahres mit wohlwollender Zustimmung der Stadt und finanzieller Unterstützung der ansässigen Ärzteschaft eine Gedenktafel für Siegfried Wagner.

Wagner, der bis zu seinem Tod 1944 in diesem Haus wohnte, war in die Umsturzpläne am 20. Juli 1944 involviert. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler versuchte er, sich seiner Verhaftung durch die Gestapo zu entziehen, indem er sich aus dem Fenster stürzte. Der Selbstmordversuch misslang; Wagner wurde, vom Sturz verletzt, verhaftet und ins Haftlazarett in Sachsenhausen gebracht, wo er kurze Zeit darauf starb.

Betrachtet man diese Gedenktafel vor dem Hintergrund der andauernden Auseinandersetzung um die Bewertung der deutschen Geschichte, fällt folgendes auf: **Siegfried Wagner** war vielleicht ein Nazigegner – was nicht heißt, dass er für eine demokratische Gesellschaft eintrat. Eher war das Gegenteil der Fall: Er war Bundeskanzler des *Stahlhelm – Bund deutscher Frontsoldaten*, einer deutschnationalen, antidemokratischen Kampforganisation, die polizeiliche Aufgaben wie die Verhaftung politischer Gegner übernommen hatte. Der *Stahlhelm* wurde im Verlauf des Jahres 1933 von der SA geschluckt. **Wagner** verlor seine Kampftruppe. Der Aufstieg der NSDAP und anderer NS-Organisationen erschwerte **Wagner** die Einflussnahme auf die Politik.

Wagners Verhältnis zu **Hitler** war geprägt vom eigenen Standesdünkel: Er sah auf den Emporkömmling herab. Gleichzeitig war er frustriert über den mangelnden Respekt, den **Hitler** ihm entgegenbrachte. **Wagner** missbilligte die Kriegsführung **Hitlers**, nicht den Krieg als solches. Die Eroberung der Ostgebiete war auch sein Ziel.

Der Hinweis, dass **Wagner** im KZ Sachsenhausen starb, suggeriert, er hätte eine längere Widerstandsbiographie während des Nationalsozialismus (NS) gehabt. **Wagner** war ganze vier Tage im Haftlazarett, wurde dort mit dem Notwendigen versorgt und durch die *Sonderkommission 20. Juli* verhört.

Der Sieg des Antitotalitarismus in der deutschen Geschichtserzählung

Dieser Tafeltext ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Debatte über die Parameter, mit denen die Geschichte des 20. Jahrhunderts vermessen und verstanden wird. Ein wesentliches Element der seit 1990 virulenten Geschichtsbetrachtung ist die Theorie der totalitären Staaten und Gesellschaften, namentlich der Sowjetunion und des nationalsozialistischen Deutschlands. Der hier zum Tragen kommende Ansatz beschwört das Bild einer bürgerlichen demokratischen Gesellschaft, die bedroht wird von links und von rechts. Im Grunde spiegelt sich hier das Selbstverständnis der heutigen bürgerlichen Gesellschaft wider, in der die Verfassungsschutzämter regelmäßig die Gefahren für die Demokratie von links und rechts unter dem Stichwort „Extremismus“ in ihre jährlichen Berichte schreiben. Dieses Gesellschaftsbild beinhaltet eine Mitte, die homogen und gemäßigt ist und von Extremen begrenzt und bedroht wird. Diese Mitte umfasst auch konservative, teils reaktionäre Kräfte, wie sie von der CSU, dem Bund der Vertriebenen und neuerdings teilweise von der AfD repräsentiert werden.

Um einen Mann wie **Wagner** zum Widerstandskämpfer zu erklären, braucht es auch einen gewandelten Antifaschismusbegriff. Diese Wandlung wurde mit dem Film *Valkyrie* (USA/D 2008) popularisiert. Sie zeigt den deutschen Adel, der niemals als Speerspitze im Kampf und Demokratie und egalitäre Gesellschaftsverhältnisse aufgetreten ist in neuem Glanz. In den Jahrzehnten ab 1945 kamen das deutsche Bürgertum und der Adel in der Geschichtsbetrachtung schlecht weg, was sich dem unverhohlenen Schulterschluss dieser Kräfte mit den Nationalsozialisten verdankte. In *Valkyrie* wird das Bild eines moralisch sauberen Adels gezeichnet, der mit der Zeit moralische Bedenken an der nationalsozialistischen

Politik bekam und dann ausscherte. In diese Zeit (2007/08) fällt auch die Adelung des Nazirichters **Hans Filbinger** zum Gegner der Nationalsozialisten durch **Oettinger**.

Widerstand – Antifaschismus – Geschichtsrevisionismus

Die Gedenktafel ehrt **Wagner** als „Widerstandskämpfer gegen die Hitler-Diktatur“. In diesem Tafeltext materialisiert sich eine Neu- bzw. Um(be)wertung von Begriffen, mit denen seit 1945 Geschichte dargestellt und bewertet wurde.

Die Charakterisierung **Wagners** als „Widerstandskämpfer gegen die Hitler-Diktatur“ scheint einem erweiterten Widerstandsbegriff zu folgen, der – anders etwa als die stark auf den kommunistischen Widerstand fokussierte DDR-Geschichtsschreibung – alle Handlungen umfasst, die zum Fall des Regimes oder der Abkürzung des Krieges beitragen sollten. Außerdem umfasst dieser Begriff die Hilfe für Verfolgte. Darüber hinaus ist der Versuch, die eigene Integrität zu wahren, als Selbstbehauptung, im Widerstandsbegriff aufgehoben, also z.B. die Weigerung der *Zeugen Jehovas*, Waffen zu tragen. Der erweiterte Widerstandsbegriff richtet seinen Fokus auf die politische, weltanschauliche oder soziale Herkunft der Akteur*innen und fragt nach ihren persönlichen Handlungsmotiven. Insofern kann eine antidemokratisch motivierte Renitenz ebenso als Widerstand beschrieben werden, wie die Aktivitäten der *Weißen Rose*. Voraussetzung dafür ist aber eine historisch genaue Darstellung der Prozesse, die letztendlich zu Widerstandshandlungen führten.

Darin liegt jedoch das irritierende Moment der Wagner-Ehrung. Indem er als Widerstandskämpfer bezeichnet wird, ohne seine antidemokratische, nationalkonservative Haltung und sein politisches Engagement vor 1933 zu erwähnen, entsteht der Eindruck, er sei ein bürgerlicher Antifaschist gewesen. Durch die nationalsozialistischen Verbrechen, die in Charakter und Ausmaß die Welt weit über die Niederlage des NS hinaus erschütterten und neue Standards in den Narrativen der Geschichtserzählung setzte, wird der Begriff „Widerstand“, bzw. „Widerstandskämpfer“ moralisch verortet auf der Seite der/des Guten: Der NS als das absolut Böse versus den Widerstand dagegen als das Gute, das Bessere. Daraus resultierte auch die moralische Kraft der Begriffe „Antifaschismus“ und „Widerstand“.

Die Schwäche des Totalitarismusbegriffs

Siegfried Wagner, der tatsächlich eine Statistenrolle in der Organisation des Hitler-Attentats übernommen hatte, wird als „Widerstandskämpfer“ bezeichnet. Was seinem Handeln fehlte, war die Vision von einer anderen Gesellschaft. Nach allem, was über **Wagner** bekannt ist – seine politische Biographie – wollte er eine monarchistische bzw. etwas heterogenere nationalsozialistische Gesellschaft, als die damals bestehende. Besonders gut veranschaulichen lässt sich dies daran, dass er bereit war, eine militärische Führungsposition – Verbindungsoffizier zum *Wehrkreis Hannover* – nach dem Putsch zu übernehmen, die Verhängung eines militärischen Ausnahmezustandes forderte und sich ein Widererstarken des *Stahlhelm-Bundes* erhoffte.

Die Totalitarismustheorie ist – und das ist das stärkste Argument ihrer Kritiker*innen – nicht geeignet, heterogene Gesellschaften abzubilden. Die totalitarismustheoretische Grundannahme, eine totalitäre Gesellschaft sei homogen, wird den Entwicklungen, die in der Sowjetunion, der DDR und eben in diesem Fall des NS, nicht gerecht. Denn die Nationalsozialistische Bewegung nahm ihren Beginn in einem durchaus heterogenen Sammelsurium national(istischer)er, revanchistischer, monarchistischer, proletarischer Gruppen und Organisationen.

Wie erklärt sich auch das Verhalten der Attentäter vom 20. Juli 1944? Es handelte sich um eine Verschwörung von hohen Militärs, die mit dem Kriegsverlauf und den vom Oberbefehlshaber getroffenen militärischen Entscheidungen nicht einverstanden waren. Sie hätten den Krieg im Westen gern beendet, um sich – möglicherweise mit den Westalliierten – gegen die Sowjetunion besser aufzustellen. Für die Möglichkeit, das Attentat durchzuführen, spricht, dass offensichtlich niemand aus diesen Kreisen mit einer solchen Handlung gerechnet hat. Denn die bekannten Antifaschist*innen und Widerstandskämpfer*innen hatten – weder im Sommer 1944 noch davor – Zugang zur *Wolfsschanze*. Folglich kann es aus dieser Richtung keinen spürbaren Widerstand gegeben haben – bis die militärisch versierten Generale von der dilettantischen Kriegsführung einfach genug hatten.

Die hier angestellten Überlegungen sollen keineswegs leugnen, dass es großen Mutes bedurfte, dieses Attentat zu planen und durchzuführen. Und die Todesurteile gegen alle Beteiligten und deren Familien bezeugen, wie hoch das Risiko dieser Handlung war.

Fazit

Die offizielle Geschichtserzählung der BRD hat sich gewandelt. Mittlerweile gelten also die Ausführenden des NS-Unrechts als Antifaschisten und Widerstandskämpfer. Die Gedenktafel für **Wagner** ist ein Ausdruck dieses Wandels, der nicht mehr auf die politische Motivation für Handlungen abhebt, sondern jegliches dissidentes Verhalten zum Widerstand adelt. Es passt in eine Stadt, in der sich klerikale Kräfte zum Wiederaufbau der Garnisonkirche gegen eine breite Ablehnung mit der Stadtspitze vereinen, in der die Verfolgten des NS sich einen Gedenkort mit ihren Peinigern in der Lindenstraße teilen sollen und Gedenktafeln für Naziopfer von Gewerbeschildern überdeckt werden.

VD & CL

SICHERHEIT

SPANNENDE PUTE

VON ANNEGRET PANNIER

Eine Eingebung, ein Auftrag:
„Ergreifen Sie geeignete Maßnahmen, um die auf das Wohl der Passanten im Öffentlichen Raum abzielenden Gefahren, welche von der neu installierten Wetterfahne samt ihrer Vitrine ausgehen, zu minimieren, indem Sie Wesen und Erscheinung des beschriebenen Objekts signalsignifikant zusammen-, also kurzschließen."

Ein Samstag im Oktober, 8 Uhr in der Frühe:
Zwei Diskurs-Installateure machen sich auf den Weg, den Auftrag mit versicherungstechnischer Relevanz im Gepäck. Es geht um nicht weniger als um eine 140.000 Euro teure Nachbildung der Wetterfahne der Garnisonkirche. Sie wurde im Frühjahr 2014 aufgestellt und ist von einer massiven, eng geflochtenen 100.000 Euro-Metallvitrine umgeben. Vor dem Mosaik des Rechenzentrums auf dem Gehweg an der Breiten Straße gilt sie manchen als großartiges Artefakt, aNDEREN als Sicherheitsinstallation mit Pute.

Die Geschmäcker sind verschieden und das Objekt potent-stromleitend. Die Problemlage macht die Installation zweier Schilder nötig: „Achtung Hochspannung" und „Warnung vor dem Berühren der elektrischen Einrichtung". Die isolierte Klappleiter und einige Kabelbinder helfen bei der Befestigung am leitfähigen Metallgitter der Vitrine. Die Leiter auf dem Weg zurück zum Auto fällt einem Streifenwagen auf: Zwei Wachtmeister steigen aus.

Jüngerer Polizist: „Bürger: Wo wollen Sie mit der Leiter hin!? Wir haben Sie doch eben dort bei der Vitrine gesehen. Was haben Sie denn da gemacht? He?"
Größerer Installateur: „Ähm, zum Auto."
Der kleinere Installateur indes hantiert noch mit seiner Kamera an der Vitrine.
Jüngerer Polizist: „Was machen Sie hier?"
Kleinerer Installateur: „Ich mache Fotos."
Beide Polizisten, skeptisch: „Warum?"
Kleinerer Installateur: „Es ist ein Kunstprojekt. Halt von oben und so. Das ist hier doch eine sehr spannende Ecke in Potsdam, wo gerade so viel passiert und darüber geredet wird."

Beide Polizisten stutzen einen Augenblick. Ihre Skepsis weicht einer unsicheren, aber aufklärerischen Trotzigkeit. Irgendwas scheint hier nicht zu stimmen. Der ältere Polizist stellt sich neben den kleineren Installateur und weist auf den Käfig: „Sie können da doch nicht einfach Ihre Leiter anstellen! Können Sie denn nicht lesen?! Es steht doch groß dran!" Er liest es wörtlich vor: „Warnung vor dem Berühren der elektrischen Einrichtung"

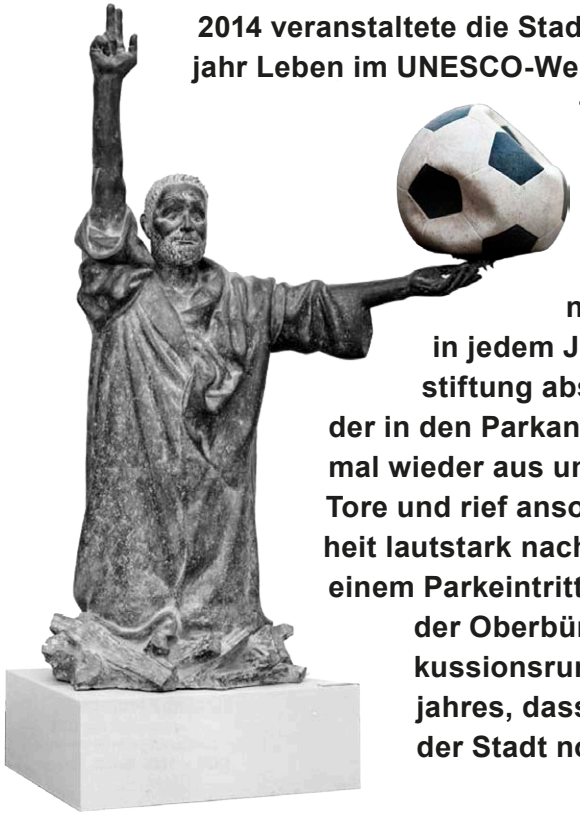
Eins zu Null für das Argument.
Die zwei Wachtmeister treten ab. Unter der Anstrengung ernster Mienen machen die beiden Diskurs-Installateure noch einige ebenerdige Beweisfotos, bevor ihnen im Auto die Lachtränen in die Augen schießen.

AP

THEMENJAHR

UND SIE BEWEGT SICH DOCH NICHT!

VON BEATE NETZLER



2014 veranstaltete die Stadt Potsdam das Themenjahr Leben im UNESCO-Welterbe. Eigentlich merkte man davon nicht besonders viel. Wahrscheinlich ist das auch besser so. Man sollte die Opfer der Schlösserstiftung nicht zusätzlich reizen. Wie in jedem Jahr stellte die Schlösserstiftung absonderliche Verbotsschilder in den Parkanlagen aus, schloss immer mal wieder aus unerfindlichen Gründen die Tore und rief ansonsten bei jeder Gelegenheit lautstark nach mehr Steuergeldern oder einem Parkeintritt. Immerhin konstatierte der Oberbürgermeister in einer Diskussionsrunde am Ende des Themenjahres, dass der Welterbestatus allein der Stadt noch keinen Vorteil bringt.

Natürlich steht auch 2015 ein Themenjahr ins Haus. Diesmal hat sich die Stadt dem Thema Sport verschrieben und dafür das originelle Motto „Potsdam bewegt“ ersonnen. In der jetzigen Situation ist das durchaus gewagt.

Denn ausgerechnet im oft zitierten Prognos-Familienatlas, der Potsdam zur kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands erklärte, liegt Potsdam in der Kategorie „Mitgliedschaft von Kindern in Sportvereinen“ unter 402 verglichenen Landkreisen und Städten exakt auf Platz 402.

Sicher ist Potsdam keine klassische Sportstadt. Es gibt einfach Landkreise und traditionelle Sportstädte, in denen es die Einwohnerschaft sonntags eher auf den Sportplatz als in die Kirche, zum Geigenunterricht oder zur Jagd zieht. Das ist sicher auch eine Frage der Bevölkerungsstruktur und der vorhandenen kulturellen Angebote. Aber die rote Laterne muss Potsdam keineswegs behalten. Es fehlt keineswegs an sportinteressierten Kindern und Jugendlichen. Viele Vereine führen lange Wartelisten und können wegen fehlender Sportstätten und Trainingsplätze keine neuen Mitglieder aufnehmen.

Der Sportentwicklungsplan, den die Stadtverordneten Anfang 2014 beschlossen, belegt einen großen Mangel an Sporthallen und Sportplätzen. Nach einer aufwändigen Untersuchung der *Universität Potsdam* ist der Sportstättenbedarf mit den vorhandenen Hallen zu 82 % und bei den Fußballplätzen nur zu 70 % gedeckt. In Potsdam werden zusätzliche 17 Sporthallen und 17 Freisportflächen benötigt. Konsequenterweise empfiehlt der Plan, die Defizite im Rahmen des Schulneubauprogrammes anzugehen und Sportplätze durch Schulen und Vereine doppelt zu nutzen.

Zwar sollen in den nächsten Jahren im Rahmen des Schulneubau- und Sanierungsprogrammes einige neue Sporthallen entstehen. Abzuwarten ist, ob die Stadt es endlich gebacken bekommt, ein vernünftiges Rollsportfeld, das auch für den Vereinssport brauchbar ist, am *Humboldt-Gymnasium* zu bauen. Bei den Fußballplätzen wird sich die Situation kaum entspannen.

In einer Stadt, in der das Kind in der städtischen Prioritätenliste noch immer hinter Putte und Patte rangiert, liegen alle Hoffnungen auf zusätzliche Plätze für fußballbegeisterte Kinder inzwischen auf Leuten wie **Frank Fahland** – einem regionalen Bäckermeister, der sich einfach bewegte und gemeinsam mit dem *SV Concordia Nowawes 06* auf seinem Gelände an der Wetzlarer Straße einen für einige Jahre nutzbaren kleinen Rasenplatz angelegt hat.

Denn die Stadtverordneten werden den Sportentwicklungsplan schlichtweg nicht umsetzen. Ein Antrag der Fraktion DIE aNDERE, bei jedem Schulneubau im Potsdamer Norden eine größere Sporthalle und einen wettkampfmaßigen Fußballplatz mitzuplanen, wurde zwar mit großer Mehrheit beschlossen – aber dann bei der Schulentwicklungsplanung nicht berücksichtigt. In einer Auflistung der Potentialflächen für neue Sportplätze hat der Oberbürgermeister nicht einmal mehr die erforderlichen Flächen für ein Fußball-Großfeld im Bornstedter Feld eingeplant. Da es auf der Nowawiese trotz aller Versprechungen des Oberbürgermeisters wieder einmal eine Verzögerung gibt, wird es in Potsdam wohl auch unter dem Motto „Potsdam bewegt“ keine große Bewegung geben. Es sei denn, uns stehen Proteste der *Inlinehockey-Polarsterne*, der *Westkurve* oder der *Potsdamer Kickers* ins Haus.

BN

KLEINE RECHENECKE

EIN ROHRKREPIERER AUS DEM HAUSE SPD

VON NICOLAS BAUER

Es war nicht überraschend, wie wenig Substantielles in der Kooperationsvereinbarung von SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne und Potsdamer Demokraten festgeschrieben wurde. Die Kooperation hatte ja schon vor der Kommunalwahl gezeigt, dass die Interessen reichlich divergieren. Einer der wenigen Punkte mit einem gewissen Konkretheitsgrad war der, dass man „für alle Bereiche der Daseinsvorsorge mit den Stadtwerken die Einführung von Familientarifen prüfen“ wolle, denn „gerade im Bereich der Mietnebenkosten soll so eine stärkere Belastung von Familien vermieden werden“.

Die SPD hat den Antrag zur Prüfung der Strom-, Wasser- und Entsorgungstarife eingebracht und nach einigen Querelen wurde er dann auch angenommen. Besonders hübsch war dabei, dass der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Grüne, **Peter Schüler**, im *Finanzausschuss* nicht zustimmte, weil der den Gleichheitsgrundsatz durch die Bevorteilung von Familien verletzt sah. Das sah er dann – sicher nach ein paar Telefonanrufen – im Hauptausschuss schon nicht mehr so eng und hat dann beim zweiten Anlauf doch zugestimmt. Der SPD Fraktionsvize, **Pete Heuer**, hat sich gründlich über die Fraktion DIE aNDERE aufgeregt, weil sie dem Antrag nicht zustimmte und sogar mit dem Argument der sozialen Unausgewogenheit dagegen argumentiert. Familien sind nicht automatisch bedürftig und Umverteilungspolitik über Preise zu machen sorgt häufig dafür, dass profitiert, wer es nicht nötig hat und bezahlt werden muss das von Leuten, die es nötig hätten. Das sind gewichtige Gründe, wie man mit ein bisschen Rechnen ganz leicht zeigen kann.

Richtig viel rechnen sollen die *Stadtwerke*, die sollen nämlich die Prüfung durchführen. Denn das wollen wir von den *Stadtwerken* schon sehen, dass die auch mal ein bisschen rechnen und nicht nur die Gesetzeslage prüfen. Und es besteht Hoffnung, denn der OB **Jann Jakobs** hat im Dezember 2014 schon mal gesagt, dass das Zeit bis Juli 2015 braucht. Da könnte man erwarten, dass die das richtig toll machen und dafür vielleicht sogar einen Computer nehmen. Was sind bei so einer Rechnung die entscheidenden Knackpunkte? Und wieso zeigt das mal wieder, dass Herr **Heuer** und die SPD zwar viele gute Absichten haben, aber leider die falschen Mittel wählen?

Beim Wasser kann man das ganz gut zeigen. Ein bisschen Recherche und schon ist da die Studie zu den „Bestimmungsgründen der Wassernachfrage deutscher Haushalte“ von **Joachim Schleich** und **Thomas Hillenbrand** veröffentlicht in *Ecological Economics*. Das ist so ein internationales Expertenjournal mit viel Fachchinesisch und das auch noch auf Englisch. Aber das Wichtigste ist ganz einfach.

Also, die Leute in Ost-Deutschland verbrauchen durchschnittlich pro Tag so runde 90 Liter Wasser, was etwa 40 weniger sind als in Westdeutschland. Das sind bei den Potsdamer Wasserpreisen (6,50 Euro pro Kubikmeter) etwas über 200 Euro pro Jahr oder mehr als 1 % des verfügbaren Einkommens. Das meiste geht für Körperpflege (40 %) und Toilette (30 %) drauf. Jetzt könnte man meinen, dass die Leute sich da nicht besonders unterscheiden und beim Duschen nicht an den Wasserpreis denken. Aber das ist ein Irrtum.

Ganz wichtig ist, ob die Leute arm oder reich sind. Jemand der doppelt so viel verdient wie ein anderer verbraucht runde 40 % mehr Wasser. Wieso? Ganz einfach, Badewanne hat nicht jeder, und einen Swimming-Pool und Sauna nur die wenigsten; Rasensprengen tut auch nicht jeder. 40 % ist zwar schon ein ziemlicher Effekt, aber der Verbrauch wächst nicht im selben Maße wie die Einkommen, und deswegen geben Reiche einen geringeren Teil ihres Einkommens für Wasser aus. Ganz besonders blöd ist natürlich, dass eine Preissenkung für reiche Haushalten deren höheren Pro-Kopf-Verbrauch entlasten und damit ein vergleichsweise großes Loch in die Stadtwerkebilanz reißen würde.

Wichtig ist auch der Preis. Wenn die *Stadtwerke* den Preis um 10 % oder 65 Cent senkten, dann stiege der Verbrauch um etwa 2,5 % oder 2,3 Liter pro Tag. Na, wenn es billiger ist, dann spritzt Papa das Auto halt noch ein bisschen länger ab und eine reiche Familie kauft sich vielleicht doch endlich den heiß ersehnten Pool. Daran muss man denken, wenn man Leute mittels Preissenkungen entlasten möchte, denn über 20 % der Entlastung gehen durch den höheren Verbrauch wieder weg. Einige Leute behaupten, dass der Effekt sogar noch stärker ist und die Hälfte der Entlastung durch den höheren Verbrauch weggehoben wird.

Überraschend ist folgendes: Wenn die Haushaltsgröße von zwei auf drei zunimmt, dann steigt der Verbrach nur um knapp 30 Liter. Interessanterweise hat man ähnliche Ergebnisse auch in anderen Ländern gefunden. Das scheint daran zu liegen, dass sich mehr Leute gewisse Sachen teilen, also z.B. Putzen, Kochen, Garten, etc.

Der SPD liegen die Familien am Herzen. Aber vielleicht interessiert sie ja auch das hier: Der Wasserverbrauch steigt mit dem Alter. Leute im Rentenalter verbrauchen täglich über 30 Liter mehr als der Durchschnitt. Wieso das? Ältere Leute machen mehr im Garten und nehmen häufiger die Wanne als die Dusche. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass in Rentnerhaushalten eher selten Kinder wohnen und die Renter damit von einer Tarifsenkung nicht profitieren.

Freilich ist jede Entlastung witzlos ohne die Finanzierung, und das heißt Mehrbelastung der Nicht-Privilegierten. Es bedarf keiner besonderen Fantasie, dass Singlehaushalte, Studenten und Rentner zahlen müssten. Wieviel mehr? Das sollen die *Stadtwerke* im Detail prüfen. Wichtig ist jedenfalls, dass man weiß, wer wieviel verbraucht und wie stark die Unterschiede beim Einkommen sind. Natürlich muss man den Preiseffekt mitnehmen, sonst entgeht einem ein wichtiger Punkt, der ja Ziel der SPD ist: nämlich mittels Preisänderungen finanzielle Entlastungseffekte zu erzielen. Und dann sollte man in jedem Fall die Frage stellen, welche Einkommensgruppen eigentlich wie stark entlastet und wie stark andere belastet werden, wenn die Tarife aufkommensneutral verändert werden sollen. Und dann sollte man noch fragen, ob der gesamte Wasserverbrauch steigt oder sinkt, denn neben den sozialen und ökonomischen Aspekten, gibt es ja auch noch die ökologischen Folgen.

Ist das zu viel verlangt? Keineswegs! Der Geschäftsführer der *Stadtwerke* bekommt ein fürstliches Gehalt und sein Stab besteht sicherlich auch nicht aus den ärmsten Kirchenmäusen. Solche Rechnungen gehören zu den Standardproblemen der Linearen Algebra und das sollte bis Juli machbar sein. Ich würde meine beratenden Dienste sogar unentgeltlich zur Verfügungen stellen. Wenn das den *Stadtwerken* zu hoch sein sollte, dann empfehle ich, einfach die entsprechenden Daten im Internet zu veröffentlichen. Es gibt mehr als genügend Student*innen, die sowas in einer Masterarbeit mit frei zugänglicher Software bearbeiten könnten. Die machen das sogar umsonst.

NB

IMPRESSUM

Herausgeberin dieses Heftes ist die Wählergruppe DIE aNDERE
Potsdam / Januar 2015

V.i.S.d.P. **DIE aNDERE**
c/o JAN WENDT
Gutenbergstraße 60
14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
facebook.com/DIEaNDEREPotsdam

An diesem Heft haben mitgewirkt:
NICOLAS BAUER, LUTZ BOEDE, VERA DOST,
CARSTEN LINKE, BEATE NETZLER, ANNEGRET PANNIER

Gestaltung:
MARCUS GROßE / INTERKRAFT@WEB.DE

DIE aNDERE

...Perlen vor die Säue.
Dit wird ja eh nix mehr mit oller Fritze Barock-Re-Torte!

...ICH SPEND' LIEBER FÜR UNS'RE SCHÖNE FRIEDENSKIRCHE!

Der Erhalt der Potsdamer Friedenskirche ist gefährdet. Der finanzielle Aufwand für ihre Restaurierung wird mit rund 6 Millionen Euro veranschlagt.

Spenden Sie für dieses wertvolle Baudenkmal statt für irre Kulissenarchitektur:

Bauverein der Friedenskirche

IBAN: DE54160500003502024242
BIC: WELADED1PMB